

Professor Dr. Max Schmidt
Ortsstraße 69 b
07389 Peuschen
Mitglied des Kreisvorstandes der PDS
des Saale-Orla-Kreises

6. Mai 2005

An die Kreisschiedskommission der
PDS des Saale-Orla-Kreises
über den Kreisvorstand der PDS

Antrag auf Ausschluss der Genossin Constanze Truschzinski aus der Partei des
Demokratischen Sozialismus

Gestützt auf Abschnitt drei und vier der Schiedsordnung der Partei in Verbindung mit dem Statut der Partei (Punkt vier der Präambel, Punkt 6 des Abschnittes über die Mitgliedschaft, Punkt 2 des Abschnittes über die Rechte und Pflichten der Mitglieder) beantrage ich den Ausschluss der Genossin Constanze Truschzinski, Pößneck, aus der Partei des Demokratischen Sozialismus, wegen vorsätzlichen und erheblichen Verstosses gegen Grundsätze der politischen Programmatik sowie das Statut der Partei, die als schwerwiegendes parteischädliches Verhalten zu werten sind.

Begründung

1. **Zum Sachverhalt:** Am 18. April 2005 fand auf dem Marktplatz in Pößneck eine Demonstration gegen den Sozialabbau und die Hartz IV-Gesetze statt. Vor dem Beginn der Demonstration verteilten einige Anhänger der NPD Flugblätter. Mit Beginn der Demonstration reichten sich einige von ihnen in die Demo ein. Der PDS-Kreisvorsitzende Thomas Hofmann sagte deshalb als Gastredner, dass sich „die PDS und die Aufrufer dieser Demo sich ausdrücklich von Rechtsextremisten, die scheinbar auch gegen Hartz IV protestieren, distanzieren. Unter anderem führte er aus, „Wir (die PDS) haben einen völlig anderen Ansatz als die NPD, weil wir ein anderes Menschenbild haben, weil wir für Solidarität einstehen, Gerechtigkeit für alle Menschen wollen und keine Minderheiten ausgrenzen.“ Er kritisierte die Politik der Landesregierung, die mit ihren Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich die Kommunen zum Streichen freiwilliger Leistungen zwingt, die viel stärker gebraucht würden, um u.a. deutlicher gegen Rechtsextremismus vorzugehen und entsprechende Projekte in den Kommunen zu starten. (Vergleiche auch Pressebericht vom 19. April 2005 in der OTZ).
In einem Leserbrief am 20. April 2005, also einen Tag später, wenden sich Constanze Truschzinski als Mitglied der PDS (und Simone Fichtmüller, ausgetretenes Mitglied der PDS) mit scharfen und diskriminierenden Worten gegen Thomas Hofmann und seine Ausführungen. Die NPD-Flugblattverteiler mutieren darin zu „Personen aus der vermeintliche rechten Szene“, die unauffällig und friedlich an der Veranstaltung teilgenommen hätten. Es heißt dann weiter: „Thomas Hofmann war Gastredner und einer der wenigen PDS-Teilnehmer. Eine Gleichstellung von PDS und Organisatoren ist eine Verschiebung der Tatsachen. Thomas Hofmann provozierte durch eine ständige Rechtfertigung der PDS und der Anklage gegen die NPD eine unsachliche Auseinandersetzung mit den Hartz IV- Gesetzen.“ Abschließend wird ihm unterstellt, dass er einen unfriedlichen Verlauf der Demo heraufbeschworen hätte. (Vergleiche auch Leserbrief in OTZ vom 20 April 2005).

1

15/2005 11:07

03647418376

SCHMIDT, MAX

S. 02

2. **Zur Wertung:** Eine solche Verhaltensweise eines Mitgliedes der PDS kann und darf nicht hingenommen werden.
 - Sie läuft darauf hinaus, sich von den Positionen der PDS gegen jegliche Form des Rechtsextremismus abzugrenzen, ja sie abzulehnen und als Provokation, Anklage der NPD und unsachlich zu diskreditieren.
 - Sie bedeutet, faktisch um die Teilnahme von NPD-Anhängern als Verbündete im Kampf gegen Hartz IV zu werben. Dies wird durch Aussagen der Landtagsabgeordneten der PDS, Heidrun Sedlacik bestätigt, die nach einem Gespräch mit C. Truschzinski erklärte, diese fahre einen gefährlichen Kurs, indem sie davon ausgeht, auch Rechte seien von Hartz IV betroffen und müssten in die Proteste einbezogen werden. Den gleichen Standpunkt, dass die NPD zum Protestpotential gehört, vertritt auch Gen Wolfgang Truschzinski, Ehemann von Constanze, so der Vorsitzende der PDS-Kreistagsfraktion D. Rebelein nach einem Gespräch mit diesem. Ein kritikloses Zusammengehen mit Vertretern der rechten Szene, und darauf läuft das Ansinnen von C. Truschzinski hinaus, heißt nicht etwa Verbündete zu gewinnen, sondern die Bemühungen dieser Kräfte, die Proteste gegen die rotgrüne soziale Abbruchpolitik in ihrem Sinne zu instrumentalisieren, zumindest hinzunehmen.
 - Sie stellt eine völlig haltlose Unterstellung und eine persönliche Verunglimpfung eines gewählten Leitungsmitgliedes dar. Dies ist umso härter zu bewerten, als von Constanze Truschzinski seit Jahren eine solche Linie persönlicher Angriffe aus persönlichen und karriereristischen Motiven gegen Thomas Hofmann als Kreisvorsitzenden gefahren wird.
 - Sie bedient in der Öffentlichkeit das von den Gegnern der PDS in den anderen Parteien und den Massenmedien zur Volksverdummung verbreitete Zerrbild der Gleichsetzung von PDS mit Neonazis und Rechtsextremisten. Dies wird durch die Aussage im Leserbrief, die eine Gleichstellung von PDS und Organisatoren als Verschiebung der Tatsachen zurückweist, weil Thomas Hofmann für beide die Distanzierung gegenüber den Rechtsextremen erklärt hatte, nicht etwa widerlegt, sondern im Gegenteil deutlich unterstrichen. Die Organisatoren wollten und wollen sich also nicht distanzieren. Zu den Organisatoren gehört aber gerade Constanze Truschzinski, in Pößneck als PDS-Mitglied und PDS-Stadträtin öffentlich bekannt.
3. **Warum und wie die Haltung von C. Truschzinski die Pflichten eines Parteimitgliedes vorsätzlich und in erheblicher Weise verletzt!**
 - Es heißt im Statut, dass jedes Mitglied die Pflicht hat, die politischen Grundsätze der Partei zu vertreten. Zu diesen Grundsätzen gehört die Festlegung im Programm der Partei, auf der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz beschlossen: „**Mit Blick auf die deutsche Geschichte und Gegenwart bekennt sich die PDS zu konsequentem Antifaschismus und lehnt jede Form von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus strikt ab**“. Darauf aufbauend hat die 1. Tagung des 9. Parteitages am 30./31. Oktober 2004 in Potsdam im Beschluss „Für eine starke PDS“ gerade im Hinblick auf den zunehmenden Rechtsextremismus sehr detaillierte programmatische Aussagen beschlossen. Es heißt darin: „**Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien haben bei Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen erhebliche Stimmengewinne erzielt. Offensichtlich konnten sie bei den jüngsten Wahlen einen Teil des Protestes binden. Dabei wird es nicht bleiben. DVU und NPD werden weitere Wahlabsprachen treffen und planen bei den Bundestagswahlen gemeinsam anzutreten. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind ein europaweites Problem und eine Bedrohung für die Demokratie. Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Hass gegen Minderheiten, Andersdenkende, gegen andere Kulturen und Lebensweisen**“

2

11/05/2005 11:07

03647418376

SCHMIDT, MAX

S. 03

gewinnen an Einfluss in den Bevölkerungen und bei den Wahlen:“ Und eine deutliche Handlungsanleitung für die Mitglieder und auch Sympathisanten sind die folgenden Feststellungen und Vorschläge im Beschluss: „**Neonazis und rechtsextreme Parteien nutzen die Unzufriedenheit und den Protest vieler Bürgerinnen und Bürger. Dabei treten sie verstärkt mit Parolen und Symbolen der Linken auf....In den vergangenen Monaten haben wir erleben müssen, wie sie sich bemühen, den Protest gegen die rotgrüne Abbruchpolitik der Agenda 2010 zu instrumentalisieren und antidemokratisch zu wenden....** Es ist davon auszugehen, dass diese Gruppierungen mit nationalistischer und rassistischer Hetze weiterhin in gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen eingreifen werden.... **Das kann die PDS nicht dulden. In abgeleiteter, sozialer oder politischer Protest und zu unterstützen. Im Gegenteil: Die Stärke der PDS in Protestbewegungen und bei Wahlen hat einen noch umfangreicheren Gewinn an Einfluss durch Rechtsextreme verhindert.“ Und ganz besonders deutlich wird das parteischädigende Verhalten von C. Truschzinski, wenn es an den folgenden programmatischen Orientierungen in den Beschlüssen des des Potsdamer Parteitages vom Oktober 2004 gemessen wird: „Notwendig ist, in außerparlamentarischen Bewegungen die Trennschärfe zu rechtsextremen Organisationen, Parteilichen und Gedankengut zu erhöhen. Nazis raus – das gilt erst recht für demokratischen Protest. Wir verwehren uns dagegen, mit Neonazis und Rechtsextremen gleichgesetzt zu werden....Für die PDS verbietet sich jede Form der Zusammenarbeit mit Neonazis und Rechtsextremen. Wir fordern alle Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten auf, bei Protestaktionen nicht mit Rechtsextremen und Neonazis zu demonstrieren und ihnen keinen öffentlichen Raum für ihre Hetze zu bieten...Gefordert sind Zivilcourage jedes und jeder Einzelnen, entschiedenes Entgegenreten gegen rechtsextreme und antisemitische Haltungen und ungeschränkte Solidarität mit (potentiellen) Opfern und Bedrohten“.**

- Diese eindeutigen Aussagen belegen die prinzipielle Position der PDS. Sie zu vertreten ist entsprechend des Statutes Pflicht jedes Mitgliedes der Partei, von der es sich weder persönlich freisprechen kann, die es nicht nach Gutdünken auszulegen vermag, noch von denen es sich mit persönlichen Überlegungen und Meinungen distanzieren kann. Sie gelten angesichts des ausführlich durch die PDS gekennzeichneten Ernstes der Situation für alle. Wobei die zitierten Pflichten und Appelle an die Mitglieder der PDS des Saale-Orla-Kreis und speziell in Pößneck noch an Gewicht gewinnen, da Pößneck ganz offensichtlich von der NPD als eine Art Frontstadt und Aktionsstandort ausgewählt wurde. Der Vergleich der geschilderten Haltung von C. Truschzinski mit den angeführten Beschlüssen und Zielen der Partei macht in gravierender Weise den Verstoß gegen Grundsätze der politischen Programmatik, ja geradezu entgegengesetztes Handeln, deutlich. Es belegt die Gründe für den Antrag auf Aberkennung der Mitgliedschaft, da es der Partei besonders in ihrem Kampf gegen den Rechtsextremismus schaden Schaden zufügt.
- Die persönliche Diskriminierung des Kreisvorsitzenden Thomas Hofmann macht darüber hinaus auch den deutlichen Widerspruch von C. Truschzinski zur Verpflichtung des Statutes deutlich: „Ihren Zielen gemäß leben die Mitglieder aktive Toleranz, praktische Solidarität, Pluralismus und kulturvollen Meinungsstreit sowohl in ihren eigenen Reihen als auch beim Umgang mit demokratischen Parteien und Bewegungen im Inn- und Ausland.“ C. Truschzinski hat den Rubikon aktiver Toleranz und kulturvollem Umgangs miteinander weit überschritten.

Max Schmidt

3